Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Expeditionsgeschäftsstelle, Marienstr. 38 u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unter'm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. für Familiennachrichten 2c. 2c. 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werden mit 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: **Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.**
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15
empfiehlt in **grösster** Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

(D. R.-P.)
Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
Thürschliesser.
80,000 St. im Gebrauch.
Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinsius,
Königl. Sächs. Hoflieferant,
Dresden-N.,
Kurfürstenstr., Ecke Flockstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2199.)

L. Weidig, Waisenhausstr. 34
Grosses Lager
in **Neuheiten elegant garnirter Damenhüte.**
Regelmässige, persönliche
Einkäufe und Modestudien in Berlin und Paris.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Bay-Rum
elegantes Toilettemittel zur Belebung der Kopfhaare, 1 Flasche 1 Mk. 25 Pf. **China-Haarwasser** gegen Ausfallen der Haare, Flasche 1 Mk. 25 Pf. **Batanhia-Mundwasser** zur Conservirung der Zähne, Flasche 1 Mk.
Prompter Versandt nach auswärts. **K. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor**

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3 (Hofgebäude).

Nr. 277. Spiegel: Die preußischen Nationalliberalen. Hofnachrichten, Stadtverordnetensitzung. Todtenehrungen, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Bühnenvorhang des Centraltheaters. | Muthmaßl. Witterung: Trocken, Nebel. | **Freitag, 7. Oktober 1898.**

Politisches.

Als im Jahre 1878 nach dem Scheitern des ersten Sozialistengesetzes und nach dem zweiten Attentat auf Kaiser Wilhelm I. die Auflösung des Reichstages erfolgte, schrieb Fürst Bismarck: „Mit der nationalliberalen Partei sollte eine zuverlässige Gemeinschaft zur Sicherung der Interessen des Staates und der Gesellschaft nach den grundsätzlichen Gesichtspunkten, welche bei dem Heraustreten derselben aus der alten Fortschrittspartei maßgebend waren, möglich sein; aber das Zusammengehen mit derselben wird der Regierung erschwert durch die Thatsache, daß die Partei in ihrer Gesammtheit sich zumeist der Leitung ihres linken Flügels unterordnet, entsprechend der alten Erfahrung, daß in jeder liberalen Partei die extremen Elemente die Herrschaft an sich reißen. In diesem Theile der nationalliberalen Partei ist der Zusammenhang mit dem Wesen und grundsätzlichen Streben der alten Fortschrittspartei niemals unterbrochen worden."

Diese Aeußerung des großen Kanzlers scheint auch heute wieder, nach 20 Jahren, Geltung zu haben, wenigstens für die preußischen Nationalliberalen. Soweit die bisherigen Mittheilungen erkennen lassen, zielt die nationalliberale Taktik bei den preußischen Landtagswahlen, die am Ende dieses Monats stattfinden, in der Mehrzahl der Fälle auf den Anschluß nach Links, auf das Zusammengehen mit den Freisinnigen. In Berlin hat der Parteirath des nationalliberalen Vereins das ihm von konservativer Seite angebotene Kartell für die Landtagswahlen in sämmtlichen Wahlkreisen der Reichshauptstadt einstimmig abgelehnt. In Breslau hat sich in der Generalversammlung des dortigen nationalliberalen Wahlvereins unter Führung des Universitätsprofessors Kaufmann die Mehrheit für die Unterstützung der freisinnigen Landtagskandidaten entschieden, obwohl von den Vertretern der Minderheit sehr nachdrücklich auf die Konsequenz dieses Beschlusses hingewiesen wurde, die unausweichlich zu einem Kartell führen muß, das an seinem äußersten linken Flügel die Sozialdemokratie mit einbegreift. Aehnliche auf ein nationalliberal-freisinnig-sozialdemokratisches Wahlbündniß hinzielende Beschlüsse sind von den Nationalliberalen in verschiedenen anderen Wahlkreisen gefaßt worden, so in Königsberg i. Pr., in Kottbus-Sprembergs-Kalau, Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Graudenz, Kiel u. A.

Diese Stellungnahme steht in schroffem Widerspruch zu den wichtigsten politischen Grundsätzen, die jüngst in dem nationalliberalen Wahlaufrufe aufgestellt worden sind. Zwar war darin die den Freisinnigen willkommene Bemerkung enthalten, daß Angesichts der Stärke der Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause rückläufigen Bestrebungen Thür und Thor geöffnet sei; aber im Uebrigen trat in dem Aufrufe das nationale Moment so stark in den Vordergrund, daß die Freisinnigen, die auf eine unbedingte Unterstützung der Nationalliberalen gerechnet hatten, stark enttäuscht sein mußten. In der That können die großen nationalen und wirthschaftlichen Aufgaben, auf deren Lösung die Nationalliberalen in ihrem Programm wie in diesem Wahlaufruf den Hauptnachdruck gelegt haben, nicht in Verbindung mit dem Linksliberalismus, sondern im Kampf gegen diesen und nur im Zusammenwirken mit den rechtsstehenden staatserhaltenden, entschieden nationalgesinnten Elementen gelöst werden. Mit besonderer Schärfe war in dem nationalliberalen Landtagsaufrufe die Nothwendigkeit der Abwehr der ultramontanen Gefahren betont. Von links her ist aber zu der Bekämpfung des Ultramontanismus eine Unterstützung nicht zu erwarten. Die bürgerliche und die klerikale Demokratie haben so viel Berührungspunkte, daß eine prinzipielle Feindschaft auf die Dauer zwischen ihnen nicht bestehen kann; die Machtstellung, die das Centrum heute einnimmt, ist zum Theil dem Linksliberalismus zu verdanken, der ja auch wegen seines programmatischen Standpunktes in kirchenpolitischer Hinsicht gar nicht in der Lage wäre, sich an dem in dem nationalliberalen Wahlaufrufe geforderten Kampfe gegen den Ultramontanismus und dessen Versuche zu betheiligen, unsere katholischen Mitbürger mit einer abgesonderten Organisation zu umspannen und dadurch einen Staat im Staate zu schaffen. Wenn weiter in dem Wahlaufrufe die Pflicht geltend gemacht wird, den preußischen Staat in der Erfüllung seiner Aufgabe zu unterstützen, als Wacht für Gesammtdeutschland das herausfordernde Verhalten und das Vordringen des Polenthums abzuwehren, so haben auch hier die Nationalliberalen von den Freisinnigen eine wirksame Bundesgenossenschaft nicht zu erwarten. Bei dem Mangel nationalen Empfindens hat der linksstehende Liberalismus für eine energische antipolnische Politik niemals ein Verständniß gehabt. Wer den von dem Ultramontanismus und dem damit verbündeten Polonismus drohenden Gefahren entgegenarbeiten will, der wird nicht bei den linksliberalen Parteigruppen, sondern nach rechts hin Anschluß suchen müssen, weil nur hier die volle Einsicht in die Größe dieser Gefahren vorhanden sein kann und auf eine wirksame Unterstützung für alle Maßnahmen zur Stärkung des Deutschthums und zur Kräftigung des nationalen Gedankens zu rechnen ist.

Wie wollen ferner die preußischen Nationalliberalen im Bunde mit dem radikal-manchesterlichen Freisinn die wichtigsten wirthschaftlichen Aufgaben erfüllen, die sie in ihrem Wahlaufrufe in den Vordergrund stellen? Sie sprechen darin u. A. von der Pflicht, der Landwirthschaft eine „wahrhaft wirksame Unterstützung" angedeihen zu lassen und „einen gesunden Mittelstand in Handwerk, Gewerbe und Handel zu erhalten und thatkräftig zu fördern". Alle gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesem Gebiete sind von dem Linksliberalismus grundsätzlich bekämpft und verworfen worden und kein einsichtiger Nationalliberaler, der diesen wirthschaftspolitischen Theil des Wahlaufrufes seiner Partei gutheißt, wird sich verhehlen können, daß ein Zusammengehen mit der freisinnigen Opposition zur Lösung dieser Fragen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen dem Richter'schen Linksliberalismus und dem Nationalliberalismus besteht nicht minder überall da, wo es sich um die Erhaltung unserer großen nationalen Lebensbedingungen und Interessen handelt. „Unser oberstes Ziel", heißt es in dem Wahlaufrufe der preußischen Nationalliberalen im Hinblick auf die „unvermeidlichen" Forderungen der nationalen Wehrkraft, „war es jederzeit, die nationale Unabhängigkeit zu sichern und eine kraftvolle Politik nach außen zu ermöglichen." Alle wichtigen parlamentarischen Beschlüsse aber, die für dieses „oberste Ziel" seit Bestehen des Deutschen Reiches gefaßt wurden, sind gegen den Willen des Linksliberalismus Richter'scher Couleur zu Stande gekommen. Kein Nationalliberaler wird ernstlich die Hoffnung hegen können, in den großen Fragen, die das vaterländische Gesammtwohl berühren, mit der äußersten Linken jemals zusammengehen zu können. Bei allen Entscheidungen über Wehrmacht, über Heer und Flotte, über die nationale Ehre und unser Ansehen dem Auslande gegenüber, über den Schutz der Deutschen im Auslande, unsere Kolonien 2c. sind die „Brüder von der Linken" im feindlichen Lager, d. h. gegen die Nationalliberalen zu finden gewesen. Wenn endlich die preußischen Nationalliberalen in ihrem Aufrufe die Pflicht anerkennen, der revolutionären Agitation der Sozialdemokratie entschlossen entgegenzutreten, so werden sie sich wohl der Erkenntniß kaum verschließen können, daß die Erfüllung dieser Aufgabe durch ein Zusammengehen mit dem liberalen Radikalismus, der gerade jetzt bei der preußischen Landtagswahlkampagne ein Kartell mit der Umsturzpartei erstrebt, einfach unmöglich gemacht wird.

Wenn trotz alledem ein Theil, und wie es leider scheint ein nicht geringer Theil, der preußischen Nationalliberalen bei den bevorstehenden Wahlen den Anmarsch nach links antreibt, so kann dabei nicht das allgemeine vaterländische Interesse, das sonst bei allen großen Entscheidungen für die nationalliberale Partei den Ausschlag zu geben pflegte, maßgebend sein, sondern lediglich das kleinliche, einseitige, mehr oder weniger beschränkte Fraktionsinteresse.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 6. Oktober.

Berlin. Der Kaiser hat an den Vizeadmiral à la suite der Marine Batsch folgendes Telegramm gerichtet: „Zu dem heutigen Gedenktage, an welchem Sie vor 50 Jahren in die Marine eingetreten sind, spreche Ich Ihnen Meinen Glückwunsch aus, indem Ich Mich gleichzeitig der hervorragenden Verdienste erinnere, welche Sie im Krieg wie im Frieden der Marine geleistet. Nachdem es Ihnen vergönnt gewesen ist, unter den Augen Meines Großvaters des Prinzen Adalbert an der Schöpfung der Marine mitzuwirken, gebühret Ihnen auch ein besonderes Anrecht, sich der Gestalt zu erfreuen, welche die Marine seit jener ersten That angenommen hat. Möge es Ihnen noch lange Jahre vergönnt sein, an dem Emporblühen Meiner Marine das rege Interesse zu bethätigen, welches Sie bisher ausgezeichnet hat. gez. Wilhelm I. R." — Die internationale Berathung über die Mittel zur Bekämpfung der anarchistischen Gefahr ist nun, wie der „Kreuzztg." aus Rom berichtet wird, gesichert, und zwar, wie es anfänglich beabsichtigt war, in Form einer gemeinsamen Konferenz. Der an manchen Stellen einen Augenblick lang aufgetauchte Gedanke, so berichtet der „Berliner Correspondent", die anzustrebenden Vereinbarungen über die Bekämpfung der anarchistischen Gefahren mit Verhandlungen von Kabinet zu Kabinet anzubahnen, ist aufgegeben worden. Es wird eine gemeinsame Berathung der Vertreter der Mächte und zwar wahrscheinlich in Rom stattfinden, nachdem der italienische Antrag, daß eine Konferenz veranstaltet werde, von allen Mächten angenommen worden ist. Was die betreffenden Vereinbarungen selbst anbelangt, so wird es sich kaum um neue Abmachungen, sondern darum handeln, daß die Vertretungen zu gleichmäßigen und gemeinsamen Vorgehen nach dem bestehenden Gesetze lediglich durch einen internationalen Vertrag oder durch ein ähnliches Instrument bestätigt wird. Die Ausführung der zu ergreifenden Maßnahmen wird Sache der Polizei sein. Diese wird, was von besonders praktischem Werthe sein wird, auf Grund des gemäß dem Vertrage zwischen den Mächten zu treffenden Einvernehmens und zu vereinbarenden Informationsdienstes vorzugehen haben, so daß durch allseitige Ausweisungen der anarchistischen Wühler in ihre Heimath diese Elemente bewältigt und unschädlich gemacht werden können. — Die Sachverständigenkommission, die am 10. ds. M. im Reichsjustizamt zusammentritt, hat, wie der Staatssekretär Dr. Nieberding dem Vertreter des Verbands deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine mitgetheilt hat, lediglich einen informatorischen Charakter. Zu einer späteren endgiltigen Begutachtung des neuen Gesetzentwurfs über das Urheberrecht werden besondere Sachverständigen-Ausschüsse gebildet werden, an denen Berufsschriftsteller, Journalisten und Tonkünstler in gleicher Zahl theilnehmen werden. — S. M. Schiff „Kaiserin Augusta" ist am 1. ds. M. in Tsingtau eingetroffen. — Im Prozeß Stadthagen wurde heute Polizeipräsident v. Windheim vernommen. Aus seinen Vernehmung ist nur Folgendes bemerkenswerth: Stadthagen sinnte an, in der Stadtverordnetenversammlung sei beschlossen worden, den Magistrat aufzufordern, im Anschluß an den Fall Koppen mit dem Polizeipräsidium in kommissarische Verhandlungen über polizeiliche Fragen einzutreten. v. Windheim verneinte, daß ihm das bekannt sei, jedenfalls sei der Beschluß nicht ausgeführt worden. — Der Gasglühlichtprozeß stand gestern vor dem Kammergericht zur Verhandlung. Es kam jedoch zu keiner Verhandlung, da die deutsche Gasglühlicht-Aktiengesellschaft erklären ließ, daß sie auf alle geltend gemachten Ansprüche verzichte und sämmtliche Klagen zurückziehe.

* Berlin. Im heutigen Bundesrathe gedachte der stellvertretende Vorsitzende, Graf Posadowsky, vor Eintritt in die Tagesordnung des Hinscheidens des Fürsten Bismarck, widmete ihm einen ehrenden Nachruf und theilte der Versammlung das von dem Fürsten Herbert Bismarck eingegangene Dankschreiben mit.

Berlin. Ueber die seit mehreren Jahren schwebende Anklage gegen den Abgeordneten Stadthagen wegen zweier im „Vorwärts" im Oktober 1891 veröffentlichter Artikel: „Ueber die Behandlung auf den Berliner Polizeiwachen" und „Wozu tragen die Gendarmen Revolver?" wurde heute entschieden. Das Landgericht sprach Stadthagen in beiden Fällen frei, da er eine den Thatsachen entsprechende Darstellung gegeben, verurtheilte ihn indessen, da er hinzugefügt hatte, „der Polizeipräsident v. Windheim wisse von den Mißständen, thue aber nichts zur Abhülfe", wegen Beleidigung des Herrn v. Windheim zu 300 Mark Geldstrafe ev. zu 30 Tagen Gefängniß.

Hildburghausen. Wie die „Torstztg." meldet, steht die Gründung eines thüringischen Bauernvereins nach erfolgter Lossagung der Thüringischen Landwirthe vom Bund der Landwirthe nahe bevor.

Wien. Die österreichische Quoten-Deputation nahm den Antrag des Referenten Beer an, auf Forderung von 38 Prozent, das Präsipuum ausgenommen, zu bestehen. Der Finanzminister Dr. Kaizl stimmte dem Antrage zu. Der Beginn der gemeinsamen Verhandlungen in Budapest ist noch nicht endgiltig festgesetzt, wahrscheinlich wird derselbe am Montag erfolgen. Der Sitzung wohnte der Ministerpräsident Graf Thun bei.

Wien. Die Ernennung des Reichsrathsabgeordneten Baron Dipauli zum Handelsminister wurde heute vom Kaiser vollzogen. — Der Klaviervirtuos Sievaking, der im August in Ischl unter Beschuldigung der Religionsstörung verhaftet wurde, ist heute vom Kreisgericht von Wels wegen Beleidigung eines Religionsdieners während einer gottesdienstlichen Verrichtung zu 3 Tagen einfachen Arrest verurtheilt worden. Die Verurtheilung erfolgte wegen des Ausrufs „Lump", welchen der Klaviervirtuos gegen den auf einem Gange zu einem Sterbenden getroffenen Kaplan gebraucht hat; bezüglich der übrigen Anklagepunkte erfolgte Freisprechung.

Paris. Der französische, der russische und der italienische Admiral vor Kreta haben bei ihren Regierungen um Verstärkungen. Diese drei Mächte beschlossen, der Bitte nachzukommen. Frankreich wird 800 Mann mit zwei Geschützen entsenden, ohne die Antwort des Sultans auf die Note der Mächte abzuwarten. England wird keine Verstärkung entsenden, da es vor Kreta genügende Streitkräfte hat. — Der Rath am Kassationshofe Bard ist zum Berichterstatter in der Angelegenheit der Revision des Dreyfus-Prozesses ernannt worden.

Paris. Einige Haufen Ausständiger durchzogen heute Vormittag die äußeren Stadttheile und die Ortschaften innerhalb der Bannmeile und veranlaßten einige Anständer und Maurer, die Arbeit niederzulegen. Einige unbedeutende Zusammenstöße fanden statt. Zwei Personen wurden verwundet, mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die besonderen Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung werden aufrecht erhalten. Truppen halten die Arbeitsplätze besetzt. Im Allgemeinen ist die Lage unverändert. Der Stadtrath Board, der gestern auf der Arbeitsbörse eine heftige Rede gegen die abtrünnigen Arbeiter hielt, wurde von den Ausständigen unter dem Rufe „Keine Redensarten" gezwungen, an ihrer Spitze zu den Baustätten zu ziehen, um die Arbeiter gewaltsam zu verjagen. Er blieb bis zum Abend als Geisel in ihren Händen.

Paris. Die Ausständigen hielten heute Nachmittag mehrere Versammlungen in der Arbeiterbörse ab. Dann zog ein Haufe zur Rue Rivoli und versuchte, die Plätterarbeiter am Arbeiten zu hindern. Die Polizei schritt ein und verhaftete vier Personen.

Paris. In Saint-Ouen versuchten die Streikenden in mehreren Werkstätten die Arbeiter zur Arbeitseinstellung zu verleiten und warfen dann mehrere Karren in die Seine. Die Vereinigung der Unternehmer öffentlicher Arbeiten beschloß einzuwilligen, daß die Erdarbeiten durch die Stadt Paris unmittelbar den Schachtmeistern übergeben werden. Die Syndikatskammer des Maurergewerbes richtete an den Minister des Innern einen Protest wegen der Gewaltthätigkeiten der Streikenden gegen ihre Arbeiter und forderte Sicherheit der Bauplätze und Schutz der Arbeiter.

Venedig. Die ganze Bahnstrecke Alt-Venedig wird während der Fahrt des deutschen Kaiserpaares von Militär und Carabinieri besetzt gehalten; alle an der Strecke liegenden Bahnstationen werden für das Publikum abgesperrt.

Bern. Die vom Finanzdepartement einberufene Sachverständigenkommission zur Berathung der Grundlage für das neue Bundesbankgesetz empfiehlt, die Höhe des Grundkapitals der künftigen Notenbank auf 60 Mill. Frcs. festzusetzen, wovon die Hälfte bei Eröffnung der Bank eingezahlt sein soll, ein Drittel des Kapitals wird durch den Bund, ein zweites Drittel durch die Kantone und die staatlichen Kantonalbanken und der Rest durch das Privatkapital zu beschaffen sein.

Die Berliner Börse setzte heute zumeist in fester Haltung ein im Anschluß an die Berichte von auswärtigen Plätzen. Die Nachfrage nach täglichem Gelde wurde im Ganzen schwach befriedigt. Für Industriewerthe fand im Kassenverkehr besonders gute Kauflust bei steigenden Kursen statt. Im weiteren Verlaufe brach jedoch besonders Besorgniß wegen der weiteren Gestaltung der Lage am Geldmarkt hervor. Man befürchtet insbesondere, daß die Reichsbank doch noch genöthigt sein werde, ihren Diskontosatz zu erhöhen. Auch der neuerlichen Nachrichten aus China verstimmten. Banken setzten höher ein, gingen später aber auf Realisationen zurück. Besser beachtet waren Deutsche Bank, Kommanditantheile, Dresdner Bank und Handelsantheile. Von Eisenbahnen Marienburger sowie österreichische und schweizerische fest. Bergwerke in Tectumen und Neukäufen begehrt. Hüttenwerthe in weiter Stunde angeboten, während sich Kohlenaktien gut behaupteten. Fremde Renten besser beachtet. Mexikaner und Spanier höher. Heimische Fonds behauptet. Privatdiskont 3⅝ Proz. — Loco-Spiritus fest; Termine 50 Pfg. höher, Termine besser beachtet und anziehend. Im Getreide-Verkehr ist die Tendenz fest, die Nachfrage nach greifbarer Waare ist andauernd recht gut. Im Mittagsverkehr stimmte die Mittheilung günstig, daß die Weizenernte in Frankreich in Betreff der Qualität enttäuche. Die Preise setzten für Weizen etwa 1 Mk., für Roggen etwa 0,50 Mk. höher ein. Im weiteren Verlauf trat auf weiteres inländisches Angebot, namentlich von Roggen, Abschwächung ein, so daß die Preise gegen gestern kaum verändert sind. Hafer besser beachtet. Nach Ermittelung der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 172,50, Roggen 146,50, Hafer 151 Mk.; Stettin Stadt: Weizen 161, Roggen 140, Hafer 134 Mk. — Wetter: Trübe, Nordwestwind. — Wegen der Landtagswahlen wird die Börse am 27. ds. geschlossen sein. Die Prämienerklärung findet am 26. statt.

Kairo. Der Zirdar ist hier eingetroffen und mit lautem Jubel begrüßt worden.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 208,50. Disconto 195,90. Dresdner Bank —,—. Gelsenkirchen 156,¼. Laurahütte —,—. Diskont-Comm. —,—. Portugiesen 24,90. Russen —,—.

Paris. (3 Uhr Nachmittags.) Rente 102,02. Italiener 92,37. Spanier 42,80. Portugiesen 24,90. Türken 22,10. Lombardische 108,50. Chartered 100,00. Steuerfreie —,—. Lombarden —,—. Tendenz —,—.

Paris. Productenmarkt. Weizen per Oktober 21,85, per Januar-April 21,85, fest. Mehl per Oktober 42,00, per Januar-April 42,00, ruhig. Rüböl per Oktober 52,50, per Nov.-Dezbr. 53,50, ruhig.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per November —, per März —. Roggen per Oktober 131, per März 137.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen nahm gestern Nachmittag 2 Uhr in Begleitung der Hofdame Gräfin Lehsa und des Kammerherrn von Trotha an der Tafel in der prinzlichen Villa zu Kostenwitz Theil.

— Ihre Kgl. Hoheit Frau Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen besuchte gestern das Magazin englischer Herren-, Reise- und Jagdartikel des Hoflieferanten H. Warnack.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Kammerherr Graf v. Zech-Burkersroda das vom Präsidenten der französischen Republik ihm verliehene Offizierskreuz der Ehrenlegion annehme und trage.

— Dem Amtsgerichts-Sekretär Hornisch in Leipzig ward bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das Verdienstkreuz verliehen.

— Zum Konsul für Paraguay ist Herr Ingenieur Fischer v. Treuenfels in Dresden ernannt worden.

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste Marke für Handel und Verkehr